

Kornelia Benner, Antje Goy und Ortrud Weis-Lauer¹

Entwicklungsplanung für Spiel-, Erlebnis- und Begegnungsräume

„Oberursel unter der Lupe“ –
Beispiel eines kommunalen Beteiligungsverfahrens

Öffentliche Freiräume werden für Kinder und Jugendliche neu entdeckt und gestaltet, um bessere Wegeverbindungen, höhere Sicherheit an den Verkehrsflächen und eine

betreuungseinrichtungen sowie 26 allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, unterschiedlich konzipierte Jugendtreffs und zahlreiche Sport- und Freizeistätten.



Kornelia Benner



Antje Goy



Ortrud Weis-Lauer

Optimierung der Nutzbarkeit vorhandener Freiflächen zu gewährleisten. Strukturiert als Arbeitsgruppe/Organisationsteam haben sich eine Stadtplanerin, eine Verwaltungsführung, eine Kinderbeauftragte, pädagogische Fachleute des Kinder- und Jugendbüros sowie eine leitende pädagogische Kraft des IB auf den Weg gemacht, diese Entwicklungsplanung als partizipatives Verfahren, unter primärer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zu realisieren. Der vorliegende Beitrag stellt die Hintergründe, die Entwicklungen sowie die Perspektiven und Herausforderungen vor. Anlass für diesen Artikel war der Prozess der Selbstevaluation nach einer einjährigen Pilotphase, der von Dr. Antje Goy, Organisationsentwicklerin aus Frankfurt am Main, begleitet wurde.

1. Hintergrund

Oberursel (Taunus) präsentiert sich als Stadt im Grünen, als Bildungsstandort und als Stadt mit einem Zuwachs an Wohnbevölkerung, insbesondere von jungen Familien mit Kindern. Nordwestlich an Frankfurt am Main angrenzend, ist sie mit ca. 47.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt im Hochtaunuskreis. Die Gesamtstadt umfasst neben der Kernstadt vier Ortsteile. Für 8.196 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren² gibt es insgesamt 29 Kinder-

Die stetige Entwicklung Oberursels als Wohnstandort wird durch die Lage im Rhein-Main-Gebiet begünstigt. Die Stadt ist durch zwei Autobahnanschlüsse, den ÖPNV mit

1) Zusammensetzung des städtischen Organisationsteams: Kornelia Benner, Kinderbeauftragte, Leitung der Abteilung offene Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit im Geschäftsbereich Familie, Bildung u. Soziales und Leitung des Organisationsteams; Achim Hasselberg, Leitung des städtischen Jugendbüros; Susanne Köpp, Leitung des Fachbereichs Kinder- und Jugendhilfe Hochtaunus des IB Hochtaunus; Daniela Neuhäuser, Leitung der Abteilung Kindertagesstätten im Geschäftsbereich Familie, Bildung u. Soziales, Sandra Portella, Mitarbeiterin im Geschäftsbereich Stadtentwicklung; Bettina Schuster - Kunovits, Leitung des städtischen Kinderbüros; Ortrud Weis-Lauer, Stadtplanerin im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Leitung des Organisationsteams.

2) www.oberursel.de, Stand: 31. Dezember 2008.

Kornelia Benner, Diplom-Sozialarbeiterin, ist als hauptamtliche Kinderbeauftragte und Leiterin der Abteilung offene Kinder- Jugend- und Seniorenarbeit im Geschäftsbereich Familie, Bildung u. Soziales der Stadt Oberursel (Taunus) tätig;

Dr. Antje Goy ist selbstständige Organisations- und Personalentwicklerin, interkulturelle Beraterin und Qualitätsmanagerin mit Sitz in Frankfurt am Main;

Ortrud Weis-Lauer Dipl.-Ing. (TU) Architektur und Stadtplanung, Planerin im Geschäftsbereich Stadtentwicklung der Stadt Oberursel (Taunus).

U- und S-Bahn nach Frankfurt am Main direkt angebunden. Sie profitiert als Wirtschaftsstandort im Verdichtungsraum Frankfurt von einem großen Arbeitsplatzangebot, vor allem im Dienstleistungsbereich. Oberursel (Taunus) hat als Ziel definiert, eine familien-, kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein und sie lebendig zu gestalten.

1.1 Partizipation und Planung in Oberursel (Taunus)

Für die Entwicklung und Verbreitung von Partizipationsangeboten haben neuere gesetzliche Regelungen wesentliche Anstöße gegeben. Auf kommunaler Ebene, auf Länderebene bis hin zu Bundesebene wurden in den letzten 15 Jahren Ansätze einer spezifischen Kinder- und Jugendpolitik entwickelt, die auf verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Entscheidungsprozessen abzielen. „Kinderpolitik wird hierbei zunehmend als Gesellschaftspolitik, als Querschnittsaufgabe verstanden und eigenständig entwickelt.“³



Von links: A. Hasselberg, K. Benner, O. Weis - Lauer, D. Neuhäuser, S. Portella, B. Schuster - Kunovits, S. Köpp

Rechtliche Grundlagen hierzu bilden bspw. § 4 c Hessische Gemeindeordnung (HGO)⁴, §§ 1, 8 und 9 SGB VIII⁵, §§ 1 Abs. 5 und 3 Baugesetzbuch (BauGB).⁶

Auch der Deutsche Verein betonte jüngst in einem Eckpunktepapier zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen die besondere Bedeutung von kommunalen Lernorten insbesondere für die Jugend- und Erwachsenenbildung und stellte dabei fest, dass Institutionen „insgesamt beteiligungsfreundlicher werden“ müssen.⁷

Beginnend mit einer Spielplatzneugestaltung 1995, die in Beteiligung mit anwohnenden Kindern und ihren Eltern unter Federführung der städtischen Kinderbeauftragten durchgeführt wurde, folgte nahezu jährlich ein Projekt mit ähnlicher Struktur. Öffentliche Spielflächen wurden fortan nach einem Teilnehmungsmodus bearbeitet, der sich auf die Einbeziehung von Kindern und Eltern im Planungsprozess, im Modellbau mit Kindern sowie zügiger Umsetzung der Planung in einem überschaubaren Zeitraum bezog. Eine Kultur der Beteiligung wuchs und etablierte sich im Laufe der Jahre, zusätzlich gestützt und gefördert durch weitere Formen der Mitsprache und Mitwirkung im städtischen Kinderbüro und im Jugendbüro.

Erfahrungen aus dem pädagogischen und partizipativen Kontext zeigten, dass die seitherige punktuelle Gestaltung von Einzelflächen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im gesamtstädtischen Rahmen nur mangelhaft

bedienten. 2003 hatte Oberursel (Taunus) die einmalige Chance, ein Konversionsgebiet im Norden der Stadt in ein Wohngebiet zu entwickeln (350 Wohneinheiten). In diesem Zusammenhang konnte erstmals auch ein Beteiligungsverfahren zur ganzheitlichen Planung und Gestaltung der öffentlichen Freiflächen in das Planungsverfahren integriert werden. Der interdisziplinäre Arbeitsprozess selbst, seine gestalterischen Ergebnisse und eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Wirkungen auf die Nutzer/innen, die zwei Jahre nach der Fertigstellung der neu geschaffenen Flächen durchgeführt wurde, machte Planer/innen und Pädagog/innen deutlich, dass diese Vorgehensweise beispielhaft und zukunftsweisend sein sollte. Hohe Identifizierung aller Beteiligten mit dem Projekt schaffte zusätzlich positive Effekte für die achtsame Nutzung der Flächen, die Sensibilisierung der unterschiedlichen Nutzergruppen für Wert und Qualität der Freiräume, unterstützten eine weitergehende zukunftsorientierte Auseinandersetzung und wirkte gemeinschaftsbildend.

Diese Erfahrungen legten den Grundstein für den weiterführenden Dialog der beiden Disziplinen Planung und Pädagogik.⁸

1.2 Entwicklung der Idee

Im Rahmen dieser Gespräche zwischen den verwaltungsinernen Geschäftsbereichen Stadtentwicklung/Stadtplanung und Soziales/Familienförderung zu den räumlichen und sozialen Strukturen im öffentlichen Freiraum wurde Konsens, dass für Oberursel mit seinen vielfältigen Potenzialen ein übergeordneter, gemeinsamer Planungsansatz sinnvoll und angezeigt sei.

Klassische Angebotsplanung legt ihren Fokus auf die Ausweisung und Entwicklung bebaubarer Flächen. Freiflächen werden punktuell den bebaubaren Flächen zugeordnet und ausgewiesen. Räumliche Ausgewogenheit der vorhandenen Angebote, sichere Wegeverbindungen von A nach B und eine altersgruppengerechte und an Bedürfnissen orientierte Angebotsvielfalt sind hierbei nicht maßgebend.

3) Landesjugendamt Hessen: Jugendhilfeplanung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Hessen, Frankfurt, 1999, Vorbemerkung.

4) Vgl. Landesjugendamt Hessen: Jugendhilfeplanung und Beteiligung, Frankfurt am Main 1999, 1.4.

5) Vgl. Schröder, R.: Kinder reden mit!, Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung, Weinheim/Basel 1995, S. 31. Landesjugendamt Hessen (Fußn. 4), 1.3.

6) Vgl. Bartscher, M.: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg im Breisgau 1998, S. 92.

7) Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen, NDV 2009, 533–539 (534).

8) Aus der unveröffentlichten Diplomarbeit von Benner K.: „Kommunale Beteiligungsverfahren in der Spielraumplanung und -gestaltung“, FH Frankfurt, Diplomarbeit, Frankfurt am Main, April 2006, S. 10, 13–15.

Grundgedanken des Arbeitsprozesses wurden:

- Der Blick zielt aufs Ganze. Freiräume sind Lebensräume und stehen in Beziehung zueinander.
- Nachhaltige Entwicklung verknüpft ökologische, ökonomische und soziale Belange miteinander.
- Qualität von Lebensräumen orientiert sich an den Bedürfnissen und Perspektiven von Nutzer/innen.
- Beteiligung der jungen Generation schafft und fördert Identifikation mit der persönlichen Lebenswelt.

1.3 Auftrag und Strukturierung des Organisationsteams

Erster gemeinsamer Ansatz der beiden Geschäftsbereiche war die gezielte Betrachtung aller ausgewiesenen Spiel- und Sportflächen in Oberursel. Im Rahmen dieser Arbeit wurde deutlich, dass nur die Betrachtung und Bearbeitung des gesamten räumlichen Gefüges der Stadt und auch die Betrachtung des temporären Wandels der Nutzungen eine bedarfsgerechte und ausgewogene Planung ermöglicht.

Ein festes Organisationsteam aus Stadtplanung, Verkehrsplanung, Pädagogik und Verwaltung formulierte einen sich daraus ableitenden Auftrag durch den Dienstherrn. Die „Spilleitplanung“ des Landes Rheinland-Pfalz⁹ bildete die Leitlinie für den Oberurseler Prozess.

2007 erteilte der Magistrat der Stadt Oberursel

(Tanus) den Auftrag zur Durchführung einer partizipatorischen Entwicklungsplanung für Spiel-, Erlebnis- und Begegnungsräume; die Erstellung eines ganzheitlich orientierten Leitplans für die Gestaltung und Erhaltung der öffentlichen Freiräume im Stadtgebiet.

Ausgehend von der übergeordneten gesamtstädtischen Betrachtung der Entwicklungsplanung wurde die Notwendigkeit einer prozessualen Gliederung deutlich. Diese erfolgte auf Grundlage der vorgegebenen sozialen und räumlichen Strukturen. Daraus ergaben sich insgesamt sechs Prozesse: die vier Ortsteile, ein großes Wohngebiet im Norden und die Kernstadt Oberursels. Begonnen wurde die Arbeit Anfang 2008 in der Kernstadt.

2. Der Pilot-Prozess „Kernstadt“

Die Kernstadt mit der historischen Altstadt und der Vorstadt umfasst im Wesentlichen das ursprüngliche Stadtgebiet. Mit seinen unmittelbar angrenzenden Wohngebieten bildet sie das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum von Oberursel. Die Einkaufszone, das Rathaus, zwei Grundschulen, drei weiterführende und mehrere berufsbildende Schulen sowie Betreuungseinrichtungen für Vor- und

Grundschulkindern liegen u.a. in diesem Bereich. Ca. 9.000 Einwohner/innen leben in dem durch Wohnnutzung geprägten Stadtgebiet.

2.1 Kurzüberblick

Das Verfahren sieht vor, zunächst die aktuellen Nutzungsfrequenzen verschiedener Orte in der Stadt durch Kinder, Jugendliche und interessierte Erwachsene jeden Alters in Augenschein bzw. „unter die Lupe“ zu nehmen. Hinweise auf Aufenthaltsqualitäten oder -defizite, auf Zusammenhänge von Nutzungen, mögliche Bedarfe bestimmter Nutzergruppen, kreative Anregungen und auch konkrete Wünsche zu einzelnen Orten können bei dieser Vorgehensweise Geltung finden.

Zum Auftakt des Prozesses erfolgten eingehende Information der Öffentlichkeit, Einstimmung und Werbung um deren Mitwirkung, Entwicklung von Logo und Motto, Ein-

beziehung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen und die Qualifizierung aller Akteure.

Mehrere Arbeitsphasen, die in unterschiedlichen Zusammensetzungen von Beteiligten stattfanden, folgten dem Ziel der Bearbeitung von Bestandsaufnahmen, Entwicklung der Potenziale und Qualitätskriterien, Maßnahmenplanung und deren Priorisierung und die Rückkopplung an Beteiligte und politische Gremien.



Oberurseler Jugendliche beim Streifzug durch die historische Altstadt, hier „An der Herrenmühle“

2.2 Partizipation

Die gesamte Stadt, mit ihrer Vielfalt an unterschiedlichen Räumen, hat Bedeutung für Kinder als Spiel- und Streifraum, als Lern- und Erfahrungsraum und als Ort des Kennenlernens der Erwachsenenwelt. Kinder gleichen sich nicht passiv den vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an, sondern nutzen und gestalten die räumlich-dingliche Umwelt durch aktive Formen der Aneignung für ihre Interessen und deuten sie um. Die Stadt steht hierbei nicht als pädagogisierter, unkontrollierter Raum, als Gegenmilieu zum Schonraum Familie, Schule und pädagogischer Einrichtungen.¹⁰ Mit diesem Wissen strebt Oberursel an, Kinder und Jugendliche zu Aktivität, Engagement, Meinungsbildung und -äußerung in und zu ihrem direkten Lebensumfeld zu ermuntern und diese auch zu fördern. Solches Selbstverständnis gebietet den pädagogischen Akteuren, entsprechende Handlungsfelder einer sinn- und wertvollen sowie lebensnahen Beteiligung

9) Vgl.: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland Pfalz: „Spilleitplanung – ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt“, 2. Aufl., Mainz 2007.

10) Vgl. Apel, P./Pach, R.: Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern, Unna 1997, S. 14.

für Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu schaffen. Die damit einhergehende Beteiligung anderer Interessengruppen aus Vereinen, Institutionen und auch aus privaten Bereichen schafft positive Identifikationsmöglichkeit mit dem Lebensraum Stadt und fördert den konstruktiven Dialog zwischen kleinen und großen Bürger/innen und zu Politik und Verwaltung.

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Stadtplanung entwickelten auf der Basis o.g. Überlegungen und Grundsätze, die in der jeweiligen Fachdisziplin unterschiedlichen Stellenwert einnehmen, einen gemeinsamen Arbeitsansatz. Als pädagogisches Instrument wurden begleitete Streifzüge in Gruppen durch das Stadtgebiet gewählt. Fotografisch und protokolларisch durch die Begleiter/innen dokumentiert, konnten die Gruppen anschließend Plakate mit Angaben zur Streifzuggruppe und zu ihren Kernaussagen als repräsentatives Dokument für die Veröffentlichung erstellen. Planerische Arbeiten parallel waren die fachliche Bestandserhebung und -bewertung und die Einarbeitung der Streifzugergebnisse. Im Rückkopplungsverfahren an Beteiligte wurden die so entstandenen Bestandspläne (Freiflächen, Verkehr und Potenziale) dargestellt und überprüft.

Als so geschaffene Grundlage für das Planverfahren wurde anschließend auf fachlicher Ebene die Maßnahmenplanung erstellt.

2.3 Pädagogische Ausrichtung

Klar definiert waren die Zielsetzungen und/oder Vereinbarungen für die pädagogische Ausrichtung:

- Kinder/Jugendliche sind Ausgangspunkt und zentrales Augenmerk aller Handlungsebenen.
- Kinder/Jugendliche agieren in ihrem vertrauten Umfeld und wählen die Orte und die Wege ihrer persönlichen Bestandsaufnahme selbst.
- Die Methode „Streifzug durch ein Wohngebiet“ zur Erhebung des Bestandes wird allen Kooperationspartner/innen empfohlen, um eine gute Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu haben.
- Zusätzliche Beiträge wie bspw. Interviews oder Filmaufnahmen sind erwünscht.
- Leitende Akteure wie z.B. Streifzug-Begleiter/innen werden durch eine pädagogische Verfahrensbegleitung (s. 2.5 Kooperationen) in Verfahren und Methode gemeinsam qualifiziert.
- Es erfolgt zeitnah und kontinuierlich eine entwicklungs-gemäße Rückkopplung der Ergebnisse des Verfahrens an die Kinder/Jugendlichen.

- Ein „Starterprojekt“, das für Kinder/Jugendliche in zeitlich erfassbarer Nähe zum Erhebungs- und Planungsverfahren stattfindet, beteiligt diese wiederum an Planung und an Umsetzung (Bauaktion).

2.4 Interdisziplinäres Arbeiten

Entwicklungsplanung ist generell querschnittsorientiert und kooperativ angelegt. In unserem Verfahren sind die leitenden Akteure die Kommunalpolitik, die räumlichen Fachplanungen, die Abteilung Familienförderung mit dem Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe und die Bürger/innen.

Kinder und Jugendliche sind als zentrale Akteure Ausgangs- und Zielpunkt der Aktivitäten.



Kinder einer Horteinrichtung beim Streifzug durch das Naherholungsgebiet „Maasgrund mit Entenweiher“; ein beliebter Ausflugsort für Kindergruppen

Durch die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und der Fachplanung wird eine prozessorientierte Verschränkung aller Akteure erreicht. Leitende Akteure außerhalb des Organisationsteams, also Personen, die im Stadtteil die Entwicklungsplanung durchführen, kommunizieren auch auf verschiedenen kommunalen Ebenen und ermöglichen

somit eine gesamtkommunale Verzahnung.

Die Qualifizierung von Fachkräften und ehrenamtlichen Akteuren ist ein hilfreiches Instrument zur Zusammenarbeit, denn sie schafft den gemeinsamen Level, Konsensfähigkeit und die Basis für Verständigung.

2.5 Kooperationen

Zur Bewältigung dieser umfangreichen und im alltäglichen Berufsalltag nicht verankerten Arbeit sind professionelle Kooperationspartner eine wichtige Hilfe. Im Bereich der Planung wurden wir unterstützt durch das mit Beteiligungsprojekten erfahrene Landschaftsarchitekturbüro Burghammer, Wetzlar. Die pädagogische und methodische Verfahrensbegleitung erfolgte durch die Werkstatt für Bildung und Beteiligung, Jens Voll, Bingen. Diese Zusammenarbeit erschloss uns die Möglichkeit, an den Erfahrungen der „Spilleitplanung“ des Landes Rheinland-Pfalz zu partizipieren.

Wichtig bei der Wahl der Kooperationspartner/innen in Oberursel ist die Nutzung der vorhandenen Strukturen und Netzwerke im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit, der Vereine, der Kinder und Jugendarbeit, der Träger öffentlicher Belange und der Politik. Unerlässlich für die logistische Abwicklung der quantitativen Beteiligung unseres Prozesses und für die Sicherung pädagogischer Qualität sehr wertvoll war die aktive Mitwirkung der Betreuungseinrichtungen vor Ort. Sie ermöglichte eine gute und effektive Zusammenarbeit u.a. durch einen Halt und Sicher-

heit gebenden vertrauten Rahmen für die Kinder und Jugendlichen.

Bereits zu Anfang des Prozesses wurden gezielt Erwachsene zur Beteiligung eingeladen und in diesem Zusammenhang eine Arbeitsgruppe gebildet, die sowohl als Gremium von Expertinnen und Experten ihr Fachwissen und ihre Ortskenntnisse einbringen konnten als auch im Sinne von Multiplikator/innen als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche fungierten. Der AG Kernstadt gehörten drei Vertreter/innen aus politischen Fraktionen an, Frauenbeauftragte, Seniorenbeauftragte, zwei Vertreter/innen aus Oberurseler Schulen, zwei Vertreter/innen für Oberurseler Vereine, zwei BUND-Frauen und zwei Mitarbeiter aus Betreuungseinrichtungen für Schulkinder.

3. Zwischenbilanz

Insgesamt haben mehr als 300 Kinder und Jugendliche, in der Altersspanne von 5 bis 16 Jahren und in einem ausgewogenen Verhältnis von Mädchen und Jungen, Streifzüge durch das Kernstadtgebiet durchgeführt. Der Pilotprozess „Kernstadt“ wurde Ende 2008 erfolgreich zum Abschluss gebracht. Mit einstimmigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2009 konnte die vorgelegte Entwicklungsplanung verabschiedet werden.

3.1 Nutzen

Erstmals wurde eine Gesamtübersicht von vorhandenen Flächen und Potenzialen im Stadtgebiet erfasst und qualitativ bewertet. Maßstäblich für die Sichtbarkeit/Transparenz von Nutzungsentwicklungen an Flächen und Wegen wurde hier ein neues und wichtiges Instrument für Stadtplanung erschlossen. Das aussagekräftige Kontext-Material, das durch das Beteiligungsverfahren gewonnen werden konnte zwischen Flächen und Nutzung, Verkehr und Mobilität und den Veränderungen analog zu Altersstrukturen, liefert wertvolle Ansätze für erweitertes planerisches Handeln.

Die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen im Zuge aktiver Teilhabe an Entscheidungsprozessen und lebensnaher Bezüge haben viele Facetten und einen hohen Wirkungsgrad. Die Möglichkeit, in verschiedenen Realisierungsphasen eines konkreten Planungsvorhabens teilhaben zu können, gibt u.a. einen umfassenden Einblick in die Komplexität von Entscheidungszusammenhängen. Die Erweiterung persönlicher sozialer Kompetenzen, die Motivation zur Identitätsbildung in „heimatlichen“ Bezügen, die Gemeinschaftsbildung in neuen Formationen sind Beispiele von Lerneffekten innerhalb der gezielten Netzwerkarbeit von örtlicher Kinder- und Jugendhilfe.

Ausgehend von der Zielvorgabe kommunaler Familienpolitik, Menschen im familiären Kontext in ihrer Leistungsfähigkeit als Lebens- und Solidargemeinschaft zu stärken,¹¹ ist es ihre Aufgabe, die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu begünstigen und zu erleichtern durch Schaffung kinderfreundlicher Rahmenbedingungen im Wohnbereich, am Arbeitsplatz und in der allgemeinen Infrastruktur. Die Förderung von Familien erzielt den stärksten

Impuls auf die soziale Entwicklung von Kommunen. Maßnahmen der Familienpolitik versprechen infolgedessen eine besonders nachhaltige Wirkung auf die soziale Entwicklung einer Stadt.¹² In vorliegendem Prozess hat die kommunalpolitische Wirkung in private und organisierte Bereiche des örtlichen Lebens von Familien einen hohen Stellenwert erhalten. Durch zahlreiche Multiplikator/innen des Verfahrens, durch die Einbindung politischer Akteure und Vertreter/innen bestimmter Zielgruppen ist ein Wirkungsgrad weit über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus erreicht worden.

3.2 Selbstevaluation

Zum Ende des Pilot-Prozesses „Kernstadt“ wurde durch das Organisationsteam die Entscheidung getroffen, möglichst zeitnah in einen Prozess der Selbstevaluation einzutreten. Zur Sicherung einer systematischen Vorgehensweise sollte eine externe Begleitung hinzugezogen werden, die Erfahrungen mit Selbstevaluationsverfahren hat.¹³ Ziel dieser Evaluierung war es, „einen wesentlichen Beitrag zur Umwandlung von implizitem Wissen in handlungsrelevantes Steuerungswissen und zur Kombination und Vernetzung von Wissensbeständen verschiedener Akteure“¹⁴ zu leisten. Bisherige Erfahrungen und Sichtweisen sollten präsentiert, Beobachtungen und Beurteilungen dargestellt und gemeinsame Rückschlüsse zur Verbesserung der nächsten Phase, im Sinne eines Organisationslernens, entwickelt werden. Im Zentrum des Interesses stand die kontinuierliche Praxisverbesserung.

Zur Gestaltung dieses Prozesses sollte das zentrale methodische Verfahren der Selbstbewertung genutzt werden. „Die für alle Organisationen einzig ‚richtige‘ Methode eine Selbstbewertung durchzuführen, gibt es nicht. Es existieren unterschiedliche umfangreiche Methoden: Von der Stärken-Schwächen-Analyse über Fragebögen (Selbstdiagnose-Bögen) bis zu Workshops und alle möglichen Mischformen. Entscheidend für die Wahl des richtigen Selbstbewertungsverfahrens sind die aktuelle Ausgangssituation einer Organisation in Bezug auf die bereits erreichte ‚Qualitätskultur‘, die zur Verfügung stehenden Ressourcen und die gewünschten Ergebnisse, d.h. was man letztlich damit erreichen will.“¹⁵

Die Auseinandersetzung mit Zielen, Ressourcen, Verfahrenserfahrungen und methodischen Möglichkeiten führte das Organisationsteam zu der Entscheidung, einen moderierten, eintägigen Workshop ohne die externen Partner durchzuführen, dessen inhaltliche Struktur im Vorfeld wie folgt festgelegt wurde:

11) BMFSFJ: Handbuch der öffentlichen und regionalen Familienpolitik, Bonn 1999, S. 20.

12) BMFSFJ (Fußn. 11), S. 25 und S. 59

13) Siehe hierzu Goy, A./Stark, S./Stölzle, D.: Einführung eines Qualitäts-Selbst-Managements, in: Durchblick. Zeitschrift für Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Integration 4/2004, S. 37–39.

14) Zepke, G.: Reflexionsarchitekturen. Evaluation als Beitrag zum Organisationslernen, Heidelberg 2005, S. 40.

15) Langnickel, H.: Das EFQM-Modell für Excellence – Der Europäische Qualitätspreis, in: BoeBenecker, K.-H. u.a. (Hrsg.): Qualitätskonzepte in der Sozialen Arbeit, Weinheim u.a. 2003, S. 44.

1. Methodische Vorgehensweise im Prozess,
2. inhaltliche Vorgaben und deren Umsetzung,
3. Effektivität der Zusammenarbeit der Projektgruppe,
4. Umgang mit externen Kooperationspartnern bzw. Auftragnehmern,
5. Vereinbarungen und deren Priorisierung für Folgeprozesse.

Entlang dieser inhaltlichen Grundstruktur wurden systematisch im extern geleiteten, lösungs- und zielorientierten Gruppengespräch Erkenntnisse gewonnen, die kontinuierlich unter Zuhilfenahme der Metaplanmethode verschriftlicht wurden. Damit konnte gewährleistet werden, dass jederzeit alle Anwesenden die bisherigen Analyseergebnisse visuell vor Augen hatten und keine Person durch die Protokollführung besonders gebunden war.



Gute Spielorte und Verstecke finden sich in der ganzen Stadt, hier z.B. der wilde Uferbewuchs entlang des Urselbachs, an der „Neutorallee“.

Als Ergebnisse dieser Selbstevaluation zeigte sich u.a.:

1. Nachdem sich in den ersten Monaten des Projektes die Formen und Methoden der Zusammenarbeit etabliert hatten, konnte bereits in der zweiten Hälfte dieser ersten Projektphase eine effiziente Kooperation gestaltet werden. Somit war die Zielerreichung in dieser ersten Phase gewährleistet. Besondere Aufmerksamkeit, und dies konnte als Handlungsbedarf für die nächste Phase ausgemacht werden, braucht der Kommunikationsbereich in die Stadtverwaltung, die kommunale Politik sowie zu den beteiligten Trägern. Hier soll der Austausch intensiviert werden. Ebenso soll die externe Darstellung des Projektes größeren Raum einnehmen.
2. Die inhaltlichen Vorgaben konnten zufriedenstellend umgesetzt werden. Nachdem erste Orientierungen an bereits in anderen Regionen durchgeführten Projekten handlungsleitend waren, wurde eine stärkere Ablösung von Bekanntem und ein eigenständiges Gepräge und Design in der zweiten Hälfte dieser Pilotphase entwickelt. Dieser Prozess soll in der nächsten Phase fortgesetzt werden.
3. Die Zusammenarbeit im Organisationsteam kann in der Zukunft noch strukturierter und besser geleitet gestaltet werden, um die Effektivität zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund wurde ein Wechsel in der Leitung des Organisationsteams beraten und beschlossen. Angestrebt wird ebenfalls eine Erhöhung der Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in dem Organisationsteam selbst. Insbesondere vor der Verdreifachung der regionalen Ausweitung in der nächsten Projektphase ist dieser Handlungsbedarf angezeigt.
4. Die Kooperation mit externen Partnern wurde differenziert beurteilt: Einerseits wurden die Herausforderungen im Umgang mit Partnern selbstkritisch beleuchtet, und es

zeigte sich, dass ein klares Auftraggeberprofil nicht immer dargeboten wurde. Dies führte zu erhöhtem Aufwand und zu teilweise wenig zufriedenstellenden Ergebnissen. Andererseits konnten die externen Partner sehr hilfreiche Ansätze einbringen, die zu dem guten Gelingen insgesamt beigetragen haben.

Für die nächste Phase sollen in gemeinsamen Gesprächen zukünftige Bedarfe aufgezeigt und bestehende Verträge dementsprechend verändert werden.

5. Für die Folgeprozesse besteht ein besonderer Informations- und Abstimmungsbedarf in der Projektgruppe. Hier ist besonders darauf zu achten, dass die Projektgruppenleitung sowie die Mitglieder für einen nötigen Informationsfluss sorgen und darüber die fachlichen Abstimmungsprozesse gewährleistet bleiben. Auch die Frage der Dokumentation der Teilprozesse muss stringent gewährleistet

sein. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach regelmäßigen Fachtagen mit den Kooperationspartnern und ggf. externer Begleitung zu thematisieren.

4. Perspektiven und Herausforderungen

Nach dem Pilotprozess Kernstadt erfolgt die Überführung der Arbeit in die Stadtteil-Prozesse. Die unmittelbare Auswertung der Erfahrung aus dem vorhergehenden Verfahren und die Auseinandersetzung mit einer deutlich anderen räumlichen und sozialen Struktur der ehemals dörflichen Einheiten stellen für uns eine Herausforderung dar. Ein hoher Zeit- und Kraftaufwand sowie erhebliche logistische Detailarbeit des Organisationsteams sind in den Jahren 2009 bis 2010 absehbar. Insgesamt werden fünf weitere Prozesse notwendig, um den gesamtstädtischen Rahmen zu erfassen. Drei Verfahren sind Anfang 2009 gestartet.

Unsere Erfahrungen mit den Beteiligten brachten Erkenntnisse, die unmittelbare Detailänderungen in die Fortführung des Verfahrens zur Folge haben. Die Mitwirkung der sozialpädagogischen Fachkräfte hat deutlich positive Effekte für die qualitative Arbeit der Kinder und Jugendlichen und sie veranlassten uns, in den neu gestarteten Verfahren gezielter und intensiver alle Kinder und Jugend-einrichtungen mittels persönlicher Gespräche „ins Boot“ zu holen, noch vor der jeweiligen Auftaktveranstaltung in den Ortsteilen. Die Einbindung kommunalpolitischer Akteure und anderer Interessenvertreter/innen in die AG Kernstadt hat einen hohen Multiplikationseffekt und eine sehr positive Wirkkraft für den Diskurs im lokalen Geschehen. Die neu gebildeten AGs in den Ortsteilen sind nach diesen Erfahrungen aus dem sekundären Feld mit ins Zentrum der Aktivitäten gerückt. In den folgenden Prozessen wird durch die direkte und aktive Einbindung einer zusätzlichen Mitarbeiterin der kommunalen Stadtplanung (Be-

gleitung der Streifzüge, planerische Bestandserhebung, Darstellung der Potenziale und daraus folgernd die Maßnahmenplanung) eine unmittelbare und konkret am Arbeitsprozess orientierte Erfahrung in die Stadtplanungsarbeit der Verwaltung getragen.

Eine spezielle logistische Herausforderung stellt für uns die Verarbeitung der Datenfülle und deren notwendige inhaltliche und zeitliche Verknüpfung dar. Gleiches gilt für die planerischen Leistungen im Hinblick auf die gesamtstädtische Entwicklung. Die Fortschreibung und Pflege der Entwicklungsdaten werden zukünftig zusätzliche Arbeitskraft binden.

Im Rahmen der Hessentagsveranstaltungen im Juni 2011 plant die Stadt Oberursel (Taunus) das Angebot einer Fachveranstaltung, die gezielt landesweit Träger der Kinder- und Jugendhilfe, pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, Planer/innen der Bereiche Stadt, Verkehr und Landschaft und andere Interessierte und Akteure aus kommunalen Zusammenhängen zu einem Diskurs einlädt. Einsteigend mit einem fachlichen Impuls für

die Teilnehmer/innen durch Fachreferate, kann das Oberurseler Verfahren der Entwicklungsplanung für öffentliche Spiel-, Erlebnis- und Begegnungsräume, die sechs Einzelprozesse mit ihren Ergebnissen und Erfahrungen zentraler Schwerpunkt für fachliche Auseinandersetzung mit den Expertinnen und Experten aus anderen Kommunen werden.

Nach dem Abschluss des Gesamtverfahrens eine Selbstevaluation der Steuerungsebene mit allen leitenden Akteuren der sechs Prozesse durchzuführen, wird durch das Organisationsteam als sinnvoll erachtet. Eine dezidierte Stärken-/Schwächen-Analyse dient dem Lerneffekt für zukünftige Vorhaben und wirkt als interdisziplinäre Maßnahme voraussichtlich positiv auf die Netzwerk-Qualität der sozialpädagogischen und der planerischen Verzahnungen. Weitergehend würde eine Untersuchung der Wirkungen dieses Verfahrens auf die Effektivität der kommunalen Stadtentwicklung zum einen und auf die soziale Gemeinwesenentwicklung in Oberursel zum anderen einen konsequenten Schritt zur kinder-, jugend- und familienfreundlichen Stadt dokumentieren. ■

Neuerscheinungen

Die Bürgerschaftlichkeit unserer Städte Für eine neue Engagementpolitik in den Kommunen

Von Konrad Hummel

2009, 96 Seiten, kart., 11,80 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 9,80 € (inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten)
ISBN 978-3-7841-1905-2

Planung und Organisation (P 6)

Für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft ist die kommunale Handlungsebene zentral und die Notwendigkeit einer engagementfördernden Politik ist unbestritten. Wie aber muss eine solche Politik aussehen, um eine neue Form von Bürgerschaftlichkeit in der modernen Stadt nachhaltig zu verankern?

Diese Abhandlung analysiert kritisch das aktuelle Verständnis von Bürgerschaftlichkeit im Lichte kommunaler Praxis und der gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre: Zuwanderung, demografischer Wandel, Armutsrisiken. Die Milieugebundenheit des Engagements wird gezeigt und die Grenzen bisheriger Engagementpolitik werden entlang der drei Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erörtert. Gegen das eindimensionale Verständnis eines staatlichen Förderprogramms für aktive Bürger/innen wird das Bild eines Kräftefelds entworfen, in dem Engagement entstehen kann oder verhindert wird.

Dr. Konrad Hummel greift in dieser gleichermaßen theorie- wie praxisbezogenen Studie auf seine Erfahrungen als Dezernent in einer deutschen Großstadt zurück. Er legt Instrumente vor, mit denen alle Milieus erreicht und zu nachhaltigem Engagement befähigt werden können, und er entwirft Konzepte dafür, wie sich aus der Vielfalt der Stadtgesellschaften Chancen statt Krisenszenarios entwickeln lassen. Damit bietet der Band wertvolle Anregungen für kommunale Entscheidungsträger und Mitarbeitende in den Verwaltungen, für Verbände, Vereine und Initiativen, für engagierte Bürgerinnen und Bürger und für alle, die sich für die aktuelle Debatte um die Bürgergesellschaft interessieren.



Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin
Tel. (030) 629 80-0, Fax (030) 629 80-150
E-Mail: hally@deutscher-verein.de

Bestellungen auch online
in unserem Buchshop:
<https://verlag.deutscher-verein.de>